

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 11 (1897)**

243 (19.10.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-261791](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-261791)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis 70 Pf. monatlich (incl. Fracht) 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; durch die Post bezogen (Vorkostenpflicht Nr. 5290) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pf., zzgl. Beleggeld.

Redaktion und Expedition:  
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.  
Telephon - Rufschloß Nr. 58.

Inserate werden die fünfgepalirte Korrespondenz oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Abzatt. Schmeiziger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 243.

Bant, Dienstag den 19. Oktober 1897.

11. Jahrgang.

### An die Parteigenossen!

Durch Beschluß des Parteitages in Hamburg ist als Sitz der Parteileitung Berlin bestimmt worden. Damit hat die Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses ihr Ende erreicht. Für das laufende Jahr sind die Unterzeichneten mit der Leitung der Parteigeschäfte betraut worden. Entsprechend den Bestimmungen des Organisationsstatuts hat sofort im Anschluß an die Wahl der Parteileitung stattgefunden, bei welcher Gelegenheit nachstehende Beschlüsse gefaßt wurden:

Die Adresse des Parteibureaus ist von nun an: J. Auer, Berlin SW., Ragnbachstr. 9. Sämtliche für den Parteivorstand bestimmte Briefe und sonstige Zusendungen sind nur an die vorstehende Adresse zu richten. Alle Selbstsendungen dagegen sind nur an den Parteiführer Albin Gerisch, Berlin SW., Ragnbachstr. 9, zu adressieren.

Beschwerden über den Parteivorstand oder dessen Geschäftsführung sind an Heinrich Meißner, Hannover, Friedenstr. 9, einzusenden.

Parteigenossen! Nach den Bestimmungen des § 4 des Organisationsstatuts hat die Neuwahl der Vertrauenspersonen alljährlich im Anschluß an den Parteitag stattzufinden. Wie richten deshalb an Euch das Ersuchen, die Neuwahlen überall wo sie notwendig sind, schleunigst vorzunehmen und von dem Ergebnis derselben unter genauer Angabe der Adresse des Gemählten dem Parteivorstand unter der oben angegebenen Adresse Mitteilung zu machen.

Auch die Vertrauenspersonen jener Orte, welche im neuen Jahre die Parteigeschäfte wie bisher weiter betreiben, werden ersucht, davon dem Parteivorstand Mitteilung zu machen, damit das Adressenverzeichnis auf dem Laufenden gehalten werden kann und Zuschriften vermeiden werden. Die Vertrauenspersonen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht genügt, wenn ihre Neuwahl in irgend einem Parteitag verhandelt wird. Bei der großen Zahl unserer Bezirke ist es ausgeschlossen, daß seitens des Parteivorstandes eine so genaue Kontrolle stattfinden, um jede Notiz über etwa erfolgte Wahl von Vertrauenspersonen feststellen zu können.

Die Wahlen der Vertrauenspersonen haben in öffentlichen Parteiverfammlungen stattzufinden, zu denen Jedermann Zutritt hat, der sich zu den sozialdemokratischen Grundgedanken bekennt.

Wo solche Versammlungen nicht stattfinden können, sei es, weil die Genossen kein Lokal bekommen, oder weil, wie in Neudamm, sozialdemokratische Versammlungen überhaupt nicht gebildet werden, da genügt es, wenn die Parteigenossen sich privatim verständigen und einen aus ihrer Mitte als Vertrauensperson in Vorschlag bringen.

Parteigenossen! In das begonnene Geschäftsjahr sollen die Reichstagswahlen. Dieselben stellen die höchsten Anforderungen an die Gesamtpartei wie an jeden Parteigenossen. Die Parteileitung wird auch im neuen Jahre ihre Pflicht erfüllen, wir erwarten, daß Eureseits das Gleiche geschieht.

Vorwärts trotz alledem! Hoch die internationale Sozialdemokratie! Berlin, den 15. Oktober 1897.

Für die Parteileitung:  
August Bebel, Paul Singer, Vorsitzende.  
J. Auer, W. Pfannkuch, Schriftführer.  
Albin Gerisch, Kassierer.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Ueber den Einberufungstermin des Reichstages geht jetzt in den Zeitungen das Kathelische los. Heute heißt es, daß der Reichstag in der ersten Dezemberwoche zusammenzutreten soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird anlässlich der Verurteilung Liebknechts und unseres Kollegen Stenzel sofort bei Beginn der Session den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen erneuern.

Zur Verurteilung Liebknechts konstatiert die „Frankfurter Ztg.“: Der Gerichtshof hat einfach angenommen, daß die Jührer eine Bezugnahme auf den Kaiser darin hat erwidern können und daß Liebknecht mit dieser Möglichkeit hätte rechnen müssen. Ob dem in Wahrheit war, ob bei den Jührern wirklich eine solche Auffassung vorgeherrsch hat, darüber hat man thatsächliche Feststellungen für unüblich gehalten. Dem Gericht hat seine bloße Ansicht darüber genügt, um den 72jährigen sozialdemokratischen Führer auf vier Monate in's Gefängnis zu senden. Wer ist Angeklagter eines solchen Vorgangs noch sicher vor den Folgen eines offenen Wortes, bei dem er sich nichts Böses gedacht hat, wenn die Gerichte ihn die Fähigkeit zuschreiben, die Gedanken der Hörer dieses Wortes zu lesen und danach in ihrem Urtheilsspruch zu erkennen? Wer ist

namentlich heutzutage seiner Freiheit noch sicher, wo auch die unerträglichste Kritik unserer inneren Zustände oder gar eines kaiserlichen Auspruchs genügt, um sich eine Majestätsbeleidigungslage auszuheben! Das persönliche Hervortreten des Kaisers bei allen möglichen politischen Anlässen nöthigt doch gradezu die im öffentlichen Leben Stehenden zur Kritik. Aber es scheint fast, als ob man den Rechtsich einführen wollte, daß jede kritische Betrachtung, die sich gegen Handlungen fürstlicher Personen richtet, als eine sträfliche Mißachtung ihres Gottesgnadenbenthums anzusehen sei. Wie wäre denn z. B. der neuliche Versuch eines Vorgehens gegen die „Frankf. Ztg.“ zu verstehen, die sich des „Verbrechens“ schuldig gemacht hatte, die Derabsagung des Verantwortlichkeitsbewußtseins der dem Parlament verantwortlichen Staatsmänner durch das persönliche Eingreifen des Kaisers festzustellen? Und dabei liegen die Beweise für diese Feststellung zu Tausenden vor, in der großen Masse der kaiserlichen Trinkprüche und Reden, die dies persönliche Moment mit scheinbarem Nachdruck hervorheben. So durchdrungen von der Unselbbarkeit kaiserlicher Aussprüche ist das deutsche Volk aber doch noch lange nicht, daß es sie kritisch hinnehmen könnte, ganz gleich was sie enthalten. Seine Kritik darf sich freilich nicht in den gleichen Rahmen halten, wie die impulsiven Kundgebungen des Monarchen; der Staatsbürger kann selbst als Reichstagsabgeordneter nicht dem Gefühl des persönlichen Gekränktheits einen der Kränkung entsprechenden Ausdruck geben, er kann nicht den Ausdruck der Entrüstung zurückgeben, er würde schwer Gefahr laufen, wenn er sich die Bezeichnung als „waterlandloser Geselle“ in ungeheurer Weise verbitten würde. All das ist ihm genommen. Wenn aber gar jede freimüthige Äußerung unter den Majestätsbeleidigungsparagrafen fallen soll, dann ist die Freiheit des Wortes in Deutschland nur ein Phantom.“ Aus dem so geschaffenen Zustande ergibt sich nach unserem Ermeßlen für diejenigen Reichstagsabgeordneten, denen es ernst ist um die Freiheit des Wortes, die Pflicht, im Reichstage von ihrer Redefreiheit den rückstößelsten Gebrauch zu machen, um der Welt den Beweis zu liefern, daß es doch noch eine Stätte in Deutschland giebt, wo das beleidigte Rechtsbewußtsein sich Gemugthuung verschaffen kann. Wir sind überzeugt, dieser Pflicht wird genügt werden, trotz Geschäftsordnung und „Miß“. Und sollte es darüber im Parlament zu den unerquicklichsten Szenen kommen, der wahre

Volkvertreter darf keine Rücksichten kennen, wenn er das Recht und die Gerechtigkeit zu verteidigen hat.

Zum Projekte Stenzel schreibt der national-liberale „Hannoversche Kurier“: „Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß der Ausgang des Hamburger Prozesses von großer prinzipieller Bedeutung für die ganze deutsche Presse ist, die gewissermaßen für vogelfrei erklärt wird gegenüber allen ausländischen Regierungen — es heißt im § 1 des Reichsstrafgesetzbuches ausdrücklich: „gegen den Landesherren und die Regierung“ — mit denen das deutsche Reich das Gegenseitigkeitsverhältnis“ betreffend Strafbarkeit der Beleidigung des „Landesherrn und der Regierung“ eingegangen ist... Man kann nicht entscheiden genug protestieren gegen jedes neue Unterjagen, die Urtheilsschrei der Presse anzusehen. Die Verurteilung deutscher Redakteure wegen Beleidigung auswärtiger Herrscher oder Regierungen darf nicht weiter einreisen. Man wende nicht ein, daß es sich im Hamburger Falle um eine Ausnahme gehandelt habe. Wenn es wahr sein sollte, daß dem belägigen Grafen Baron Greinlich von deutscher Seite die Stellung des Strafantrages nahegelegt worden ist, dann muß man in diesem seltsamen Vorgehen den Anfang zu neuen Knebelungsversuchen gegen die Presse erblicken. Wenn aber das Gerücht, die Initiative sei nicht von belägiger Seite ausgegangen, falsch sein sollte, dann erwarten wir ein Dementie im „Reichsanzeiger“.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu: „Der „Hannoversche Kurier“ erblickt in diesem Vorgehen mit Recht den Anfang zu neuen Knebelungsversuchen gegen die Presse und macht Front dagegen, daß eine Verurteilung deutscher Redakteure wegen Beleidigung auswärtiger Herrscher eintrifft. Von deutscher Seite ist damit der Anfang gemacht worden durch die Strafverfolgung gegen einen arabischen Redakteur, der eine den deutschen Kaiser beleidigende Meißerung aus dem französischen „Intransigeant“ entnommen hatte. Jetzt möchte man annehmend von Deutschland aus diesen Vorgang verallgemeinern und damit die Urtheilsschrei der Presse noch mehr unterbinden, als das schon ohnehin der Fall ist. Dagegen muß der entscheidende Einspruch erhoben werden, denn damit wird nicht nur der Presse, sondern auch der Wissenschaft das Recht eines unbefangenen Urtheils einfach genommen. Schon das unliebsame Aussehen, das das Hamburger Vorgehen im Ausland erregt hat, beweist, auf welchen falschen Weg man sich hier begeben hat. Man

### Die Entgleisnen.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

„So, so, so!“ Der Direktor kratzte sich, die buschigen Brauen hochziehend, den Kopf. „Ja, da werden wohl die Herren den Zug verfallen lassen haben. Wenn sie den Sonntag in Berlin sind, pflegen sie immer den Zug zu verfallen. Das ist einmal nicht anders, mein Lieber, das bringen die Verhältnisse so mit sich.“

„Aber erlauben Sie, Herr Direktor,“ fuhr Doktor Huhn ziemlich unruhig auf. „Das sind ja ganz unmöglichkeit Verhältnisse! Wie können Sie so etwas dulden! Da hört ja alle Disziplin auf!“

„Disziplin? — Wenn fragen Sie das? Sie hätten mich mal in meiner Kompanie sehen sollen, Verehrter! Wie ich hinkam, da war alles verlostet. Die Herren Trainoffiziere... Na, passons là-dessus! Und sogar die Unteroffiziere — hä hä, ich mußte sogar meinen Wachmeister in den Kasten schmeißen! Und die Herren Leutenants habe ich 'rangeführt, daß ihnen der — Bardon, ich wollte sagen, daß ihnen die Wunde manchmal eilig enge wurde! Ich kann Ihnen sagen: der Erfolg war zauberhaft — zauberhaft, sage ich Ihnen. Wie die Puppen an der Strippe tanzten Sie mir — jähoh! Bei jeder Vorstellung schritt ich glänzend ab mit meiner Kompanie — glänzend, magniperb geradezu! Excellenz konnte nicht umhin, mich der ganzen Waffe als leuchtendes Beispiel hinzustellen —

meine Kompanie mein“ ich. Ja, lieber Herr, das ist die Disziplin!“ Er klopfte dem Doktor mit wohlwollenden Händen auf die Schulter. „Und dann mit einladender Handbewegung auf einen der alten Volkshelden deutend, fügte er hinzu: „Na bitte, nehmen Sie Platz! — Gigaretten gefällig — nein? Nehm' ich Ihnen nicht übel. Früher hab' ich auch 'n andern Tobak geraucht; aber für sechsunddreißig Mark das Kilo sind sie garnicht so übel.“

Er setzte sich mit pittrigen Fingern eine Cigarette in Brand und ließ sich dann, die Beine übereinanderschlagend, in dem sehr schabhaften Korbfessel vor seinem Schreibtisch nieder. Er überhorte ablässlich den Versuch des Doktors, das Gespräch wieder zu seinem Ausgangspunkt zurückzuleiten, und vertiefte sich weiter in seine militärischen Erinnerungen. „Ich kann Sie versichern, ich habe Ausfichten,“ unterbrach er seinen Zuhörer unvermittelt. „Ich erband eine neue Paradeausstellung für den Train, die allgemein als Epoche machend anerkannt wurde. Dabe ich Ihnen das schon erzählt? So, so, also das habe ich Ihnen schon erzählt. Ja, sehen Sie mal, Sie lächeln — ja bitte, Sie lächeln. Sie können sich eben nicht vorstellen als Vaie, wieo meine Erfindung beruhen war, geradezu eine Ummählung hervorzuwirken. Wir waren selbstverständlich die Konsequezen sofort klar! Wissen Sie, ich wäre auch der Mann gewesen, die Geschichte durchzuführen. Wenn ich mich nur noch ein oder zwei Jahre hätte halten können, dann wäre mit der Major fitter gewesen und dann hätte man sich ja pekuniär durchtreffen können.“

Aber die verlusteten Schulden, wissen Sie! Aus meiner Hufarenzeit — man schleppt so 'n Knäuel am Bein so lange mit sich 'rum, bis man eines schönen Tages mal 'drüber stolpert.“

„Ja aber, Herr Direktor!“ rief Doktor Huhn ungeduldig; denn er kannte die Geschichte des Rittmeisters bereits genau. „Was gedenken Sie denn jetzt mit den Schlingen anzufangen, wenn sie überhaupt noch wieder zurückkommen? Sie können doch solche Unkrautüberfremdung nicht dulden!“

„Wie, was? Unkrautüberfremdung nicht dulden?“ Der Rittmeister griff sich an die Stirn. Er mußte offenbar nicht gleich, mooson die Rede sei. „Ja so — nein, kann ich natürlich nicht dulden! — Ja nun schlagen Sie mal was vor, mein Lieber! Einsperren bei Wasser und Brot achtundvierzig Stunden — wohin denn? Vielleicht zur Himmelsloge in den Stall? Oder Strafarbeit? Na, und wenn sie die nicht machen? Soll ich sie von Karl Müller durchhauen lassen? Na, da sehen Sie! — Ich werde Ihnen was vora, was ich thun will. rauschmeißen werd' ich sie, alle zusammen, die ganze Schwefelhände, gewiß, ohne Spaß! Sie brauchen nur den Wunsch zu äußern, mein Lieber, und die ganze Gesellschaft fliegt zum Tempel raus! Dann nachher kann ich mich ja aufhängen, darauf soll's mir weiter nicht ankommen. Lange mache ich's so wie so nicht mehr; denn wissen Sie, meine Konzeptionen — der Arzt hat mir's schon lange verprochen, daß mich mal ganz ploßlich der Schlag treffen soll. Ja mit ja auch tout égal, auf welche Weise ich hinübergehe — nachdem

es mir doch nicht vergönnt war, in meinen Etiebeln zu sterben, wie ich immer zu sagen pflege.“

Doktor Huhn erhob sich seufzend. „Ja freilich, ich sehe es ein, da ist nichts auszurichten. Sie befinden sich eben in einer Zwangslage...“ „Aber nein, bitte!“ rief der Rittmeister gleichfalls aufspringend und ihn mit beiden Händen an den Armen packend. „Ich verüßere Sie positiv, es ist mir tout égal — mal muß die Geschichte ja doch 'n Ende mit Schreden nehmen! Mit fünf Schülern können wir ja nicht bestehen. Also fort mit Schreden! Punktum! Dixi! — Sie werden schon nicht unkommen. Ihr Töchterchen ist ja erst vierzehn Jahre — kann ja immer noch Seltsames lernen! Wein Lottchen geht als Stütze der Hausfrau, und meine arme Aite — ich kann Ihnen sagen, die hat's auch satt. Die legt sich gern hin und freest sich, mon Dieu, reden wir nicht mehr davon! Benutzen Sie den schönen Tag und gehen Sie spazieren! Ich werde mich noch ein bißchen im Substrabieren üben. Jehn von neun geht nicht, borg' ich mit einen, ha hä!“

Die Stimme kitzelte dem kleinen Herrn, und er zwinferte frampfhaft mit den Augenlidern, um die dummen, heißen Tropfen herauszubringen, die ihm den Blick trüben wollten. Doktor Huhn reichte ihm die Hand und wollte seinen herzlichsten Mitgeföhl Ausdruck geben; aber der Rittmeister ließ ihn nicht zu Worte kommen, sondern drängte ihn, hastig verlegen abwinkend zur Thür hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

trägt damit wahrhaftig nicht zu einer erhöhten Achtung vor dem Majestätbegriff bei, sondern steigert nur das Gefühl der Verbitterung, das ohnehin schon immer weiter um sich greift. Auf eine Milderung, nicht auf eine Verhärtung der Rechtsanbahnung und Rechtsprechung sollte das Verbrechen gerichtet sein, es wird eine dankbare Schlußaufgabe für den jetzigen Reichstag sein, auf diesem Gebiete mit seiner Initiative vorzugehen.

In allerer Vergleich vor der diejer Tage in Kairo (Ägypten) verhandelte Prozes wegen Verleumdung des Kaisers Wilhelm brand. Das Berliner Tageblatt berichtet darüber: „Der einheimische Appellationshof hatte sich mit dem Prozes gegen Salim Sardin, den Herausgeber des Bierpfeifenblätters, „Wulst“ zu befassen. Sardin war, wie man sich erinnern wird, feinerzeit wegen Verleumdung und Verleumdung des deutschen Kaisers und des Sultans angeklagt worden. (Im „Wulst“ war behauptet worden, der Sultan habe den deutschen Kaiser durch einige Millionen bedroht!) Dem Appellationshof präsidierte Corbett Bey; die öffentliche Anklage vertrat Abdul Wahid Ben Sabban. Verleumdung drang in seinem Plädoyer auf Anwendung des höchsten zulässigen Strafmaßes, da es sich um eine Art Vergehen handele, das im Interesse des Landes nicht streng genug abgehandelt werden könne, um seine Wiederholung nachdrücklich zu verhüten. Die 1000 Pfater Geldstrafe und die Kosten des Verfahrens der Berufung wurde sofort in Kairo genommen und in das Gefängnis Hob el Marjand abgeführt. — In der Verhandlung war Salim Sardin zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik wird, wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, in die im Februar verlegten monatlichen Berechnung einer Anzahl von Meistern und Gesellen des Müllergewerbes in der zweiten Hälfte Oktober oder im November eintreten. Die Berechnungen erstrecken sich darauf, festzustellen, ob eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Müllergewerbe notwendig und möglich ist.

Eine Volkskammer ist am Donnerstag im Reichspostamt in Berlin zusammengetreten. Anwesend waren sämtliche Vorsteher der vier Abteilungen, der den Inneraffairssekretär vertretende Geh. Postrat Frick, der den Direktor der zweiten Abteilung Scheffer, welcher seinen Abschied eingereicht hat, vertretende Geh. Postrat Sydow, Geh. Postrat Dr. Kraetz und Geh. Postrat Wittfo mit den sonstigen Räten der einzelnen Abteilungen. Von auswärts sind eine Reihe Oberpostdirektoren erschienen. Staatssekretär v. Bobbelski führte den Vorsitz und setzte den Zweck der Konferenz eingehend auseinander. Hierauf wurde in die Beratung der Tariffragen eingetreten. Nach der „Vollz.“ stehen folgende Fragen zur Beratung: Ausdehnung des Weingewerbes der Briefe (auf 20 Gram), Ermöglichung des Briefpostens für den Landverkehr und der Postanweisungsbefugnis für kleinere Sendungen. Ueber die in Aussicht genommene Ermächtigung Sätze verläutet zwar noch nichts, es ist aber anzunehmen, daß sie auf die Hälfte des jetzigen Betrages, also auf 5 Pf. für Briefe im Landverkehr — worunter wohl hauptsächlich der Verkehr in Berlin zu verstehen ist — und auf 10 Pf. für Postanweisungen kleinerer Betrages lauten soll. Im Anschluß an die Beratungen der Oberpostdirektoren werden, wie die „Vollz.“ mitteilt, im Laufe der nächsten Woche Vertreter der Handels- und der Landwirtschaftskammern im Reichspostamt zu einer Konferenz zusammenzutreten, um gütlich über postalische Angelegenheiten und Wünsche gehört zu werden.

Internit worden ist der Pastor Schall aus Bahrdorf, gegen den bekanntlich seit dem 1. Mai 1895 ein Disziplinarverfahren wegen seiner sozialpolitischen Tätigkeit schwebt. Seit Mai 1897 ist er vom Amte suspendiert worden. Auf sein Ersuchen wurde ihm Urlaub auf bestimmte Zeit erteilt, worauf er in Kropff Aufenthalt nahm, um nicht müßig und Zeuge der kirchlichen Zeremonien in Bahrdorf zu sein. Jetzt teilt er in der von ihm redigierten „K. Luth. R.-Ztg.“ mit: Eben habe ich mich ein wenig eingelebt, so werde ich heute überrascht von einem Postbrief bezüglichen Konflikt, nach welchem ich binnen acht Tagen am Orte des Pfarramtes in Bahrdorf meinen Aufenthalt zu nehmen habe. Eine Begründung wird nicht angegeben. Man will mich also zwingen, in Bahrdorf unhäufig zu sein, Zeuge der unlieblichsten Akte zu werden, um so bitterer, als nach der Geschichte des bisherigen Verfahrens zu urteilen, das Endurteil noch Jahre auf sich warten lassen kann. Ich werde zunächst Gehorlam beweisen, zwar unter Protest, aber Bescheidere verfolgen bis in die letzte Instanz, weil ich glaube, daß weder nach menschlichem noch göttlichem Recht kein Konfliktium die Befugnis zuläßt, mich zu internieren.

In den nächsten Reichstagswahlkampf wollen auch die nationalsozialen eingreifen. Für Leipzig stellten sie den Professor Sohm als Kandidaten auf. Im Kreise Marburg, den Dr. Bödel im Reichstags vertritt, aber ein Mandat nicht wieder annehmen wird, kandidiert der frühere Reichsdeputierter „Zeit“ Regierungsdirektor A. D. v. Gerlach, während Werner Raumann im Kreise Jena als Kandidat aufgestellt werden soll. Im nächsten

und neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreise will Reichsdeputierter Damals kandidieren.

Für Konsumvereine ist eine Entscheidung des Oberlandesgerichts in Bosen von großer Bedeutung. In dem Prozes gegen lebendigen Verkäufer und Verkäuferinnen, sowie schleschen Vorstandsmitglieder der Posener Beamtenvereine wegen Verkauf von den in der eigenen Bäckerei hergestellten Backwaren an Nichtmitglieder entschied das Oberlandesgericht als letzte Instanz im Gegensatz zu den beiden Vorinstanzen, daß die Vereinskassen in Bezug auf den Verkauf von selbst hergestellten Backwaren nicht als Konsumvereine, sondern als Produktionsgenossenschaft anzusehen sei. Die Urteile wurden deshalb aufgehoben und die Angeklagten darunter höhere Verwaltungs- und Gerichtsbeamte, freigesprochen.

In der bairischen Abgeordnetenkammer gelangte am Donnerstag die Bodeninsinuation zur Generaldiskussion. Erster Redner war Abgeordneter Dr. Rahinger. Er sprach gegen den Regierungsentwurf, der die jährlich ungefähr 16 Mill. betragenden Bodeninsinuation eine jährliche Aufwendung von circa 2 Mill. allmählich bis zum Jahre 1908 tilgen will, ebenso gegen den Zentrumsantrag, der die Tilgung etwas rascher vorgenommen wissen will, und verlangt sofortige Befreiung der Bodeninsinuation. Wenn der Staat einmal eine Last abnehmen will, soll er sie ganz und auf einmal abnehmen. Was der Staat allmählich kann, muß er auch auf einmal können. Bayern hat in seiner Zeit, als die Naturalleistungen in Geld umgewandelt wurden, verstanden, die sofortige Amortisation dieser Umwandlung vorzunehmen, was unerlässlich gewesen wäre. Dadurch sei es gekommen, daß seit 1848 — also in 50 Jahren — das ursprüngliche Kapital drei Mal im Wege der Zinsleistung vom Bauer bezahlt wurde. Von dieser Bezahlung hätten die übrigen Berufsstände Nutzen gehabt, deshalb könnten sie auch jetzt an der Last der Aufhebungen mittragen. Die Bodeninsinuation hat den Charakter einer Emigration. Nach kanonischen Rechte sei die Emigration verboten, wie das Bühren. Das Zentrum müsse daher der kanonischen Pflicht wegen die sofortige Aufhebung der Bodeninsinuation verlangen. Aber wenn es sich um das Geld der Kapitalisten handle, sei das Zentrum immer eine Pfaffenpartei. (Cho! recht.) Wenn wir die Bauern vom Kapitalismus befreien wollen, müssen wir zu dem kanonischen Rechte zurückkehren. Das Zentrum hat kein Recht, sich über die einmütigen Glaubenssätze hinwegzusetzen. (Vollz.: Doch, doch! wenn's was trägt.) Die Emigration ist der Dampf, seine Folge der Kapitalismus. Redner polemisiert in bestiger Weise gegen Kreutzungen des volkswirtschaftlichen Lehres Brentanos, sowie gegen die Stellung der Regierung in den Agrarfragen und tadelt es, daß man zu Allem, für Arme, Marine, Kolonien Geld genug, für die Landwirtschaft aber niemals genug habe, obwohl die Noth so groß sei. Die vom Zentrum sind auch für Kolonien wegen des Christentums. Nun, die Preußen schicken schon die rechten Christen hinein nach Afrika. Der Bauer hat von den Staatsentrichtungen sehr wenig, mitgibt aber muß er ordentlich. Wirt man ihm einige Brocken hin, dann macht man daraus großes Aufsehen. Redner ergeht sich in breiter Verherrlichung des Bauernstandes als des Rückgrates im Staate. Abg. Dr. Sigl empfahl die Einführung einer Klassen-Lotterie, mit deren Erträgen man 50 pSt. der Bodeninsinuation tilgen könnte. Man möge ihm nicht einwenden, daß die Klassenlotterie unmoralisch sei, dann müssen auch die Kirchenbaulotterien unmoralisch sein. Gott werde allerdings nicht erbaudt sein, wenn ihm mit der Spekulation auf die Gemeinnützigkeit Kirchen errichtet werden. Aber was man den Kirchen gestattet, müsse man auch gestatten, wenn es um Nutzen des Bauern sei. Andere Staaten haben die Lotterie auch, warum sollen wir moralischer sein als die Preußen.

Nach preussischem Muster wird im „Mutterlande“ gearbeitet. Die bairische oberste Kirchenbehörde hat im Anschluß an die Vorzüge des evangelisch-sozialen Breviers in der Kirche an die jüngere Geistlichkeit eine Mahnung zur Vorsicht auf dieser Bahn gerichtet, vor allen Dingen in der Benutzung der Ranzel zu sozialpolitischen Zwecken. Anlaß und Ursache zu dieser Mahnung hat, nach der „Münchener Allg. Ztg.“, zweifellos die vielfach beobachtete Erscheinung geboten, daß „gerade die jüngere Geistlichkeit in letzter Zeit eine besonders starke Neigung zu besser gemeinten als gut durchdachten sozialpolitischen Reformen an den Tag gelegt und dabei im jugendlichen Eifer die natürlichen Beschränkungen, die ihnen ihr Beruf auferlegte, überschritten hat“.

**Cesterreich-Ungarn.**  
Wien, 15. Oktober. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat den Sozialdemokraten gegenüber die Vereinbarung über die Verhinderung der Ausfuhrmandate in christofen Weise gebrochen. Sie hat nicht nur die Wahl des vom Sozialdemokratischen Verband vorgeschlagenen Genossen Daksynt in den Budget- und Legitimationsauschuß verhängt, sondern auch die Sozialdemokraten vom Immunitätsauschuß überhaupt ausgeschlossen. Da selbstverständlich bei jeder Gemeintheit, die irgendwo geschieht, die Anti-

semten die Hauptbeteiligten sein müssen, haben sie sich statt des ihnen gebührenden einen Mandats im Immunitätsauschuße zwei ergriffen. Die Herren wollen über die Immunitätsfälle der sozialdemokratischen Abgeordneten unfunktioniert und nach eigenen Gutdünken verfahren.

**Öst.** 14. Oktober. Die Straforhandlung gegen Bruno Wille findet in 14 Tagen statt. Die Anklage lautet, daß Wille in Wien und Graz Anlaufen verbreitet und die kirchliche Kirche sowie die jüdische Religionsgesellschaft herabgewürdigt habe. In der Anklageschrift heißt es: Wille gilt als Gekanntsch.

**Wien.** 14. Oktober. Im Wiener Kohlenbeken liegt ein Ausbruch der Bergarbeiter bevor.

**Budapest.** 14. Oktober. Die sozialdemokratische Partei hat für den 24. und 25. Dezember einen ungarischen sozialdemokratischen Lehrtage einberufen, um einen sozialistischen Lehrtag zu gründen. Es sind bereits Anmeldungen zum Kongreß aus mehreren Gemeinden erfolgt.

**Schwed.**  
**Järä.** 14. Oktober. Der kleine Stadtrat hat dem Großen Stadtrat einen Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung eingebracht mit dem Gesuch, denselben beim Kantonsrat vorzulegen. — In Lagen ist ein Maurerstreik ausgebrochen. [200 Maurer, meist Italiener, streiken.]

**Frankreich.**

**Paris.** 14. Oktober. Im Pariser Gemeinde Rat interpellierten die Sozialisten und die linksradikalen den Senatspräsidenten über seine Weigerung, eine außerordentliche Session zur Beratung der Abhilfsmittel gegen die Brotteuerung einzuberufen. Die Debatte schloß mit dem üblichen Tadelsturm gegen den Präsidenten und mit einem Protest gegen die Mißachtung der Rechte der Pariser Selbstverwaltung. Von weiteren wirksamen Widerstandsplänen hört man nichts. Der seiner Zeit mitgeteilte Aufruf der Gemeinderatsmehrheit an das Pariser Volk war also ein Schlag in die Luft. Von sozialistischer Seite wurde beantragt, 300 000 Franken zur Verteilung von Brot an die bedürftige Bevölkerung von Paris zu bewilligen. Der Antrag ist an eine Kommission verwiesen worden.

**Holland.**

**Amsterdam.** 13. Oktober. Wie der „Staatscourant“ offiziell mitteilt, ist der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf ihr Gesuch das Recht der juristischen Persönlichkeit verliehen worden. Einige literale Blätter, so wird der „Frank. Jg.“ geschrieben, eifern gegen diesen Akt einer im Grunde selbstherrlichen Gerechtigkeit und selbst liberale Blätter glauben betonen zu müssen, daß die Regierung durch Erteilung dieser Genehmigung noch nicht sozialdemokratisch geworden ist!

**Spanien.**

**Madrid.** 15. Oktober. Der spanische Minister Rat hat die Entlassung von sechs in Montjuich bei Barcelona gefangen gehaltenen Anarchisten beschlossen, während gegen die übrigen das Verbot noch einmal nachgeprüft werden soll. Trotzdem werden fast täglich neue Verhaftungen von angeblichen oder wirklichen Anarchisten vorgenommen.

**Türkei.**

**Konstantinopel.** 15. Oktober. Die Lage auf Akreta wird immer verwickelter; das hierige christliche Beistum ist größtenteils geplündert. Angehts des wachsenden Elends ist von Konstantinopel eine doppelte Menge Mehl zur Verteilung nach hier unterwegs. Admiral Canearos begab sich nach Akrotiri, und stellte den Insurgenten schnellste Lösung der Akretfrage in Aussicht. Die türkischen Truppen sollen dorthin teilweise juradugehen werden. Die Autonomie soll erklärt werden.

**England.**

**London.** 13. Oktober. Ueber die Unterhaltung der streikenden Maschinenbauer schreiben bürgerliche Blätter: Kürzlich erhielten 70 000 ausgeperrte und streikende Arbeiter ihr Stachelgeld, 35 000 Pfd. Sterling gelangten zur Verteilung. Der ausführende Rat der Maschinenbauer hat beschlossen, daß die noch in Arbeit befindlichen Mitglieder von jetzt an eine etwas größere Beistuer zu entrichten haben. Bis jetzt hat schon jeder arbeitende Maschinenbauer 4 Schilling wöchentlich zu zahlen. Es feiern gegenwärtig 31 000 Maschinenbauer, 20 000 den verbundenen Gewerksvereinen angehörende Arbeiter, 8000 Nicht-Gewerksvereiner und 11 000 Handlanger. Der Gewerksverein der Zimmerleute und Tischler hat 300 Pfd. Sterling und der Verein der Steinmetze 500 Pfd. Sterling geerntet.

**Amerika.**

**Washington.** 13. Oktober. Das Schiedsgericht in der Venezuela-Grenzstreitfrage ist nunmehr durch die Wahl des Professors Martens von der Universität Petersburg zum obersten Schiedsrichter vollständig gebildet worden. Der Name des Professors Martens war der einzige, welcher auf den beiden Kandidatenlisten, der britischen wie der venezolanischen, als amnehmbar aufgeführt war. Das Gericht tritt im Spätsommer oder Herbst nächsten Jahres in Paris zusammen.

**Ontario.** 11. Oktober. Nach der Ansicht der Sachverständigen sind die in Ontario erbeuteten Goldlager wahrscheinlich ebenso reichhaltig wie

die in Britisch-Columbien. Der Direktor des Bergwerksbureaus der Provinz Ontario, Blue, berichtet, daß eine Tonne (2000 Pfund) Erz einer auf Goldgehalt entbeden Goldlager 600 Dollar Gold gab.

**Gewerkschaftliches.**

**In die former Deutschen!** Durch Interesse in vertriebenen Deutschen verlassen die Berliner Arbeitervereine, former nach Berlin zu ziehen, trotzdem nach Steigung des Kampfes nach eine ganz beträchtliche Zahl arbeitervereine former in Berlin vorhanden ist. Um zu verstehen, daß viele Kollegen auf längere Zeit oder gar dauernd ausgeperrt seien, ersuchen wir die former allerorts, den Bezug nach Berlin bis auf Weiteres fernzuhalten. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Cito Wacker, Berlin, K. Postamtstr. 44.

**Der Zentralverband des Verbandes der deutschen Schneider mit an die um den Kämpfungs Kampfen Maschinenbauer Englands eine zweite Unterabteilung im Betrage von 10 000 Mk. abzugeben, wenn die Gewerkschaft, was selbstverständlich nicht zu bezweifeln ist, ihre Zustimmung geben. former hat der Berliner Gewerkschaft für bestanden 500 000 Mk. bewilligt, und die Verbandsmittelglieder der übrigen Gewerkschaften werden ebenfalls ihr Mögliches thun, um den englischen Arbeitern zu helfen. Außerdem sollen in Berlin Komitees in Verbindung gesetzt werden. — Der Beschluß des Vorstandes der Ditsch-Danerischen Gewerksvereine, den Maschinenbauern 10 000 Mk. zu überreichen, ist durch Zustimmung der Mitglieder gut geheißen worden.**

**Zwei vereinigte Komitee,** welches für Arbeit-berereinigungen der Bauernlandstände vertritt, ist dieser Tage in Kämpfer zusammengetreten und hat beschlossen, halbmonatlich die Arbeiter zur Teilnahme an einer Besprechung aufzufordern, in der, wie es heißt, die Zustimmung zu einer fünfprozentigen Lohnänderung verlangt werden soll. Von den 35 Millionen Spanolen, die in Kämpfer, Venezuela, Nordbräun, u. s. m. vorhanden sind, sind 4 Millionen bereits außer Zahlung gelangt.

**Aus Stadt und Land.**

**Bant.** 18. Oktober.  
**Auf die Volksversammlung,** die heute Abend in der Kirche stattfand und in welcher, neben der Vertretung der sozialdemokratischen Partei, die Anarchisten der Vertrauensmänner vorgenommen sind, sei nochmals aufmerksam gemacht. Gofentlich ist der Besuch ein guter.

**Bürgervereinsverfammlungen.** Wie aus dem Zusatzenhefte ersichtlich, hatten die Bürgervereine Bant und Neubremen morgen, Dienstag Abend in ihren Vereinslokalen Versammlungen ab, in denen die bevorstehende Gemeinderatswahl Gegenstand der Verhandlung ist.

**Willemskassen.** 18. Oktober.

Die Verichterstattung des „Willemskassen Tagblattes“ über den Parteitag scheint nunmehr zu Ende zu sein. Es ist natürlich auch danach, Zusammenhangs bildet sie weiter nichts als eine Kette von Verleumdungen und Fälschungen, aus denen die Leser des „Willemsk. Tagbl.“ unmöglich ein klares Bild und objektives Urteil sich entnehmen können. Wenn sie für die sozialdemokratische Partei und deren Entwidung ein Interesse haben, und sei es auch nur ein feindliches, so müssen sie neben dem „Willemsk. Tagblatt“ schon noch ein anderes Blatt halten. Es mag ja sein, daß auch einer ganzen Anzahl Leser des Tagblattes die eunde Politik der Redaktion genannten Blattes und ihre Taktik im Kampf gegen die Sozialdemokratie behagt, jedoch wer eine ehrliche, offene Politik liebt, der muß sich mit Abscheu von der eben so nichtsnutzigen wie thörichtesten Taktik und Politik abwenden. Sie beruht auf dem Grundsatz: „Verleumdung fügen, es bleibt doch etwas hängen!“ und wird geleitet von einem unaufrichtigen Haß. Dieser Haß läßt den Tagblattredakteur aber manchen Bod schämen; er benimmt ihm die ruhige Hand, so daß er aus anderen Zeitungen, welche ebenfalls die Sozialdemokratie bekämpfen, immer nur das Dummste ausschneidet, woran sich dann das Sprichwort schnell bewährt, daß Wägen kurze Beine haben. Wir haben vor acht Tagen dem Tagblattredakteur schon nachgewiesen, daß er offensichtlich und in blindem Eifer fällt, indem er in einer Notiz über den Parteitag frampsch behauptete, der Genosse Richard Fischer habe die Rückführung des „Bormärts“ gegen die Angriffe von Ragenstein verteidigen müssen, während es sich doch um die Budgethandlung gehandelt hat. In derselben niederträchtigen Manier und mit der Absicht, die betreffenden Personen der Unverzüglichkeit zu bezeichnen, theilt die Tagblattredaktion etwas aus dem Bericht des Parteifaktors Gerich mit. Es sei zur vollen Würdigung des Professorentages wörtlich die Stelle mitgeteilt. Sie lautet:

„... Trotzdem den Vertrauensmann sechs Wochen Zeit zur Klärung gelassen war, haben doch erst 45 Briefe, also weniger als die Hälfte, der Klärung Bede gegeben. Von 150 000 Mk. die in 25 Orten von den Vertrauensmännern eingenommen waren, sind an die Verteilung nur wenig mehr als 10 000 Mk. — also 7/10 — abgeführt worden. Nicht weniger als 74 000 Mk. haben die Vertrauensmänner noch den eingegangenen Berichten für sich behalten. Aus diesen, vom Zeitigen Gerich angeführten Zahlen können die Arbeiter sehen, wo ihre großen Beden! Der ist von jüdischer Seite her nötig worden, daß die Beiträge zur Parteifolge nicht im Interesse der „Vertrauensmänner“ verwendet werden. Das die Namen ihrer unpervertierten „Genossen“ in Zukunft bekannt gemacht werden sollen, hätte die Arbeiter schnell über das Schicksal ihrer Beiträge wissen.“

Es wird hier der Glaube erweckt, daß die Vertrauensleute diese 74 000 Mark für sich behalten und verwenden haben und gütlich entschuldigend, daß die Parteibeträge entweder lediglich für die Parteimitglieder des Kreises oder der Stadt, für die Presse u. verwendet worden





**Bekanntmachung.**

Die Hebung der Armenbeiträge und Gemeindefinanzen für die Gemeinde Bant pro 2. Halbjahr 1897/98, sowie des Wasserzuges pro 1897/98 findet statt vom

18. bis 30. d. Mts.  
Bant, den 14. Oktober 1897.  
**Goldewey,**  
Gemeinde-Rechnungsführer.

**Verkauf.**

Am 23. Oktober cr.  
Nachm. 2 1/2 Uhr  
sollen in dem alten Schulgebäude zu **Heppens** folgende Gegenstände, wie:  
**100 Schulbänke, 6 eiserne Öfen, mehrere Wandtafeln, 3 Fach Fenster und sonstige Kleinigkeiten**  
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

**Fr. Gutzeit, Jurat.**

**Immobil-Verkauf.**

Zum Verkaufe der zum Vermögen des geisteskranken Bädermeisters **Feinr. Anton Zieinhoff** zu **Schar** gehörigen, zu Neuende belegenen

**Häuslingsstelle**

bestehend in einem zu 2 Wohnungen eingerichteten Hause und 15,80 a Haus-, Hof- und Garten-Gründen

ist zweiter Termin auf  
**Mittwoch den 20. ds. Mts.**  
Abends 7 Uhr  
in **Eufens Gasthause** zu **Neuende** angelegt.

Zum ersten Termin sind 4500 Mt. zuhöchst geboten und erfolgt jetzt unter Vorbehalt der oberrheinischen Genehmigung der Zuschlag.

Neuende, den 6. Oktober 1897.

**H. Gerdes,**  
Auktionator.

**Zu vermieten**

**zwei Zimmer** (Stube und Schlafstube) an **junge Leute.**  
Wittme **Ziefen**, Heppens 1 b.

**Zu vermieten**

**ein Laden** mit angrenzendem **Zimmer** sehr billig zum 1. Nov. ds. Jrs.

**Arthur Witte, Flora-Drogerie,**  
Gökerstr. 8a, Ecke Margarethenstr.

**Zu vermieten**

zum 1. November eine **dreiräumige Etagenwohnung.**

**E. Canen, Neue Wdh. Str. 18.**

**Zu vermieten**

zum 1. November oder später ein **Laden**, worin jetzt ein Möbelgeschäft betrieben wird; auch sind noch große Kellerräumlichkeiten vorhanden, welche zu jedem Geschäft passen. Ferner beabsichtige ich das **Gebäude zu verkaufen.**

**3 Rüben, Hauptstr. 37.**

**Zu vermieten**

zum 1. November mehrere **drei u. vierräumige Wohnungen.**

**W. Tholen, Neue Wdh. Str. 62.**

**Zu vermieten**

zum 1. November cr. eine **vierräumige Etagenwohnung** in **Neuende.** Miethpreis 150 Mt. Näheres bei

**O. Krelß, Bant, am Markt.**

**Geschäfts-Anzeige.**

Hierdurch dem geehrten Publikum von Bant, Wilhelmshaven und Umgebung die ergebene Mittheilung, daß ich heute in meinem Hause  
**Verlängerte Roonstrasse 3**  
ein mit allem der Neuzeit entsprechenden Komfort und Bequemlichkeit ausgestattetes

**Hotel-Restaurant**

eröffnet habe.  
Es soll mein eifriges Bestreben sein, durch Verabreichung vorzüglicher Speisen und Getränke bei zivilen Preisen und aufmerkamer Bedienung mir das Wohlwollen des mich mit seinem Besuche beehrenden Publikums zu erwerben und halte ich daher mein Lokal zu fleißigem Besuche bestens empfohlen.  
Bant, den 16. Oktober 1897. Hochachtungsvoll

**Fr. Wilken.**

**Geschw. Freudenthal**  
empfehlen große Auswahl

**Damen- und Kinder-Hüte,**  
**Pelzbaretts und Kindermähen.**

Zwei junge Mädchen, können bei uns das Buch-machen gründlich erlernen. D. D.

**Atelier für künstliche Zähne**

von **P. Karow, Gökerstr. 8, 1 Et. 1, Ecke Bismarckstr.**  
Anfertigung einzelner Zähne sowie ganzer Gebisse. Füllen in Gold, Silber, Emaille. — Schmerzloses Zahnziehen. — Reparaturen billigst. Sprechstunden auch an Sonn- und Feiertagen.

**Der wahre Jacob Nr. 293**

ist erschienen. Preis 10 Pf. Bei Abonnement künstliche Vleierung. Buchhandlung des Nordd. Volksblattes.

**Für die bevorstehende Herbst- u. Winter-Saison**  
empfang eine große Sendung

**Schuhwaaren**

sowie eine große Auswahl in **Filzpantoffeln und Schuhen**

für Damen, Herren und Kinder und empfehle dieselben zu billigen Preisen.

**D. Bruns, Neue Straße,**  
Lieferant des Bantler Konsum-Vereins.

**Eine tüchtige Verkäuferin**

und **zwei Lehrmädchen.**

**J. Fränkel,**  
Marktstraße 24.

**Gerstenmehl**

100 Pfd. 6 Mt. 20 Pf.

**Mais**

100 Pfund 5 Mark.

**Weizenkleie**

100 Pfd. 5 Mt.

empfehlen **Schaar. D. Fimmen.**

**Musverkauf!**

Wegen Umzug nach **Bremen** verkaufe ich sämtliche Artikel zu bedeutend ermäßigten Preisen.

**Arthur Witte,**  
Flora-Drogerie,  
Gökerstraße 8a, Ecke Margarethenstr.

**Tanz-Unterricht**

Jeden Freitag und Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr

im Saale des Herrn **Sauerwein,** Kürtlinger Hof. Damen und Herren, welche noch theilnehmen wollen, können sich melden.

**F. Turrey, Tanzlehrerin,**  
Lomndeth Nr. 18.

**Empfehle schöne Kartoffeln**

(magnum bonum) pro **Zentner 2 Mt. 60 Pf.** frei ins Haus.

**G. Leiner, Grenzstr. 14.**

**1 Decimalwaage,**  
**1 gebrauchtes Fahrrad**

sind billig zu verkaufen. Zu erfragen **Marktstraße 24,** im Laden.

**Gesucht**  
auf sofort ein **Stundenmädchen.**

Verläng. Postenstraße 82, unten.

**Gesucht**  
auf sofort ein **eheliches, ordentliches Stundenmädchen** gegen hohen Lohn.

**Z. Schimitowia, Neue Straße 8,** erbeten.

**Nebenverdienst.**

Ein **Bremer Haus** sucht für einen leicht veräußlichen Artikel gegen gute Provision Agenten in allen Gegenden. Näheres an **Postfach 291, Bremen,** erbeten.

Habe **schöne 5 Wochen alte Ferkel**

zu verkaufen. **Siegmund Müller,** Neuender-Altengraben.

**Mieth-Verträge**  
**Mieth Quittungsbücher**

sind vorrätig in der **Expd. des Nordd. Volksbl.**

**Bürger-Verein Bant.**

Dienstag den 19. Oktober Abends 8 1/2 Uhr  
**Außerordentliche Mitglieder-Verammlung**  
im Lokale der **Bw. Brumund.**  
**Tagesordnung:**  
**Gemeinderatswahl betreffend.**  
Um vollständiges Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.**

**Bürger-Verein Neubremen.**

Dienstag den 19. Oktober Abends 8 1/2 Uhr  
**Außerordentliche Mitglieder-Verammlung**  
im Lokale des Herrn **C. Jansen, Reubr.**  
**Tagesordnung:**  
**Gemeinderatswahl betreffend.**  
Um vollständiges Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.**

**Achtung!**

**Maurer-Gesangverein.**  
Heute, Montag den 18. Okt. Abends 8 1/2 Uhr

**Gesangstunde**

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

**Der Vorstand.**  
**Gabelsb. Stenographen-Verein Bant.**

Ende dieses Monats beginnt der **Unterrichtskursus in Stenographie.** Theilnehmer wollen ihre Namen in eine im Vereinslokal (Cornelius) ausliegende Liste eintragen. Donator 10 Mt., wovon die Hälfte am Anfang und die Hälfte am Ende des Kurses zu zahlen ist. Lehrmittel frei. Erste Zusammenkunft am **Mittwoch, den 20. Oktober, Abends 9 Uhr** im Vereinslokal.

**Der Vorstand.**  
**Vertauscht**

wurde gestern Abend in der **Wirthschaft von W. Schmidt (Banter Hafen) ein schwarzer Hut.** Um Umtausch daf. wird geb.

**Todes-Anzeige.**

Sonabend den 16. Oktober verschied nach langer, heftiger Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Foske Fischer**  
geb. de Wühr

im Alter von 71 Jahren und 8 Monaten.

Um stille Theilnahme bitten **Kopperhörd, 16. Okt. 1897**

Die trauernden Hinterbliebenen: **Andreas Fischer** nebst Kindern und Kindeskindern.

Die Beerdigung findet **Donnerstag den 21. d. M., Nachm. 3 1/2 Uhr,** vom Trauerhause, **Kopperhörd,** aus statt.

**Danksgiving.**

Allen denen, die meinem lieben Mann und unserem guten Vater das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, sagen wir hiermit unsern innigsten Dank.

**Wittve Helene Ziefen** nebst Angehörigen.

**3.50**  
Mark

**Grösste Auswahl am Platze! Billigste Preise!**

foftet ein einfaches, aber haltbares, modernes **Damen-Jacket.** Wer mehr ausgeben will, findet solche zu 4.50, 6.50, 7.—, 9.—, 10.—, 12.— u. Mark in aparten Façons bei

**Herm. Meinen**  
Spezialhaus für **Damen-Mäntel.**

Verantwortlich für die Redaktion: **W. Morisse** in Wilhelmshaven; Druck und Verlag von **Paul Hug** in Bant.